

Ernst Lohoff:
Der dritte Weg in den Bürgerkrieg –
Jugoslawien und das Ende der
nachholenden Modernisierung,
Horlemann-Verlag 1996,
190 S. (24,00 DM)

Pulverqualm und Todesschreie auf dem jüngsten europäischen Kriegsschauplatz scheinen sich momentan verzogen zu haben. Allgemeines Verdrängen ist angesagt. Nur noch gelegentlich wird in Nachrichtensendungen auf die kaum abgeklungenen Kriegsgruel Bezug genommen. Meist feiern dann ins Lager der Bellizisten übergelaufene Ex-Linke triumphierend die Verurteilung vorgeblicher oder tatsächlicher Kriegsverbrecher oder üben sich in Spekulationen, wann sich das verbliebene Restjugoslawien endlich des verhaßten Milošević-Regimes entledigt. Oder aber es ertönt von linker Seite ein Triumphgeschrei, weil mal wieder ein von der bosnischen/kroatischen Seite verbreitetes Greuelmärchen nun endgültig als Propagandaente enttarnt wurde (als ob es denn darauf ankäme...).

Verlegenes Schweigen herrscht jedoch meist zu der Frage, wie es kommen konnte, daß sich das Vorzeigemodell eines nicht-stalinistischen Sozialismus aus heiterem Himmel in einem Wirrwarr marodierender Warlords und verfeindeter Zwergstaaten aufgelöst hat. Bisher dazu erschienene Publikationen verfielen zumeist in ihre gewohnten politizistischen Erklärungsmuster und litten unter den peinlichen Bemühungen, die dazu nicht passenden Fakten zurechtbiegen zu müssen. Daß es sich bei dem Zusammenbruch des Titostaates auf dem Balkan weder um das Ergebnis einer imperialistischen Verschwörung noch um eine antisozialistische Volkserhebung gehandelt hat, scheint nur wenigen Leuten bisher aufgegangen zu sein. Ebenso, daß die Renaissance eines völkischen Lokalpatriotismus bei den Balkanvölkern lediglich ein Resultat, keineswegs die Ursache der dortigen Entwicklungen ist. Und solange diese Ursache nicht erkannt ist, wird die Linke immer wieder verwirrt vor den Scherbenhaufen enttäuschter Hoffnungen stehen.

Ernst Lohoff hat sich schon ernsthaft mit dem jüngsten Balkankrieg beschäftigt, als

dort das (vorläufige) Ende des Bürgerkrieges noch gar nicht abzusehen war. In der vierzehnten Ausgabe der Theoriezeitschrift »Krisis« (zu deren Herausgebern er zählt) erschien 1994 ein längerer Artikel dazu. Bei dem jetzt vorliegenden Buch handelt es sich um eine überarbeitete und um wesentliche Teile erweiterte Fassung dieses Artikels.

Ungewöhnlich ist an dem Buch, daß es sich bei der Untersuchung der Ursachen eines primär politischen Phänomens – des jugoslawischen Bürgerkrieges – ausschließlich der Methodik einer ökonomischen Analyse bedient.

Lohoff holt mit seiner Untersuchung sehr weit aus. Die ersten Weichenstellungen für das jüngste Bürgerkriegsgemetzel sind nach seiner Meinung bereits in der Entstehung des ersten jugoslawischen Staates als Folge des Ersten Weltkrieges zu suchen. Dieser entstand quasi als eine erweiterte Fortsetzung des ursprünglichen serbischen Königreiches und eindeutig unter Vorherrschaft von dessen politischer Klasse. Die Versuche dieses serbojugoslawischen Staates, die Wirtschaft der sehr unterschiedlich entwickelten Landesteile auf ein einheitliches Maß zu nivellieren, wurden demzufolge von den ökonomisch höherentwickelten Landesteilen, die aus der Erbmasse des zerfallenen Habsburgerreiches dem serbischen Siegerstaat zugeschlagen worden waren, bald als unerträgliche Diktatur empfunden. Die einzige Möglichkeit, aus den verschiedenen Regionalwirtschaften eine »gesamtjugoslawische« Wirtschaft zu schaffen, wäre ein alle Landesteile umfassender Modernisierungsschub gewesen. Dieser jedoch trat nicht ein. In Zagreb und Ljubljana verstärkte sich die Ablehnung gegen das vermeintlich »gesamtjugoslawische« Räuberregime in dem Maße, wie die nördlichen Regionen Jugoslawiens ökonomisch gegenüber den west- und mitteleuropäischen Staaten immer mehr an Boden verloren, während die gesamtjugoslawische Wirtschaft auf niedrigem Niveau stagnierte. Fast kampfflos wurde das von separatistischen Tendenzen zerrissene Land daher 1941 von den Hitlertruppen überrannt.

Mit deutlicher Sympathie berichtet Lohoff weiter von dem Widerstandskampf der kommunistischen Partisanenarmee unter Tito, die sich als einzige nichtnationalistische Kraft im

besetzten Jugoslawien profiliert hatte und daher nicht nur militärisch, sondern auch politisch aus dem Zweiten Weltkrieg als Sieger hervorging.

Wieder primär vom ökonomischen Standpunkt aus untersucht Lohoff die jugoslawische Nachkriegsgeschichte. Als Folge des Desasters des ersten jugoslawischen Staates habe Tito die Notwendigkeit eines Modernisierungsschubes für die Herausbildung einer gesamtjugoslawischen Wirtschaft erkannt und daher die Industrialisierung des Landes mit Brachialgewalt vorangetrieben. Dadurch geriet er zwangsläufig in Widerspruch zu den Vorstellungen Stalins, der in dem Moskauer Imperium dem Titostaat die Rolle eines agrar-exportierenden Vasallen zudedacht hatte. Der politische Bruch zwischen Tito und Stalin war die logische Folge.

Sehr heftig geht Lohoff mit zwei derzeit weit verbreiteten Legenden ins Gericht: *Erstens* hat die sozialistische Umgestaltung Jugoslawiens nach dem Zweiten Weltkrieg nicht einem prosperierenden Modernisierungsprojekt das Genick gebrochen, sondern diesen Modernisierungsversuch (unter hohen Opfern) überhaupt erst ins Leben gerufen. Und *zweitens* hat es im zweiten jugoslawischen Staat während der Herrschaft des Kroaten Tito keine wesentliche Dominanz des serbischen Bevölkerungsteiles über die anderen Bevölkerungsgruppen gegeben. Der neue großserbische Nationalismus blühte erst nach der Ära Tito – als das gesamtjugoslawische Projekt bereits gescheitert war.

Die rätesozialistischen Vorstellungen im politischen System Nachkriegsjugoslawiens waren – nach Lohoff – nicht Ursache, sondern Folge des Bruches mit Stalin. Ursprünglich waren Titos politische und ökonomische Vorstellungen durchaus mit denen Stalins kompatibel – ihr Konflikt lag lediglich in den unterschiedlichen Interessen der Moskauer Zentrale und der jugoslawischen Peripherie begründet. Die regierende kommunistische Partei bedurfte nach dem Abschied aus dem sozialistischen Lager einer neuen Legitimationsideologie – die dann gegen den Widerstand „stalinistischer“ Abweichler auch durchgesetzt wurde. Das sich nach und nach herausbildende System von „Arbeiterselbstverwaltung“ wurde im wesentlichen »von

oben« angewiesen und durchorganisiert. Es erwies sich bald als ein »System mit eingebauten Sprengsätzen«.

Lohoffs Kritik an dem – in linken Kreisen ansonsten vielgelobten – jugoslawischen Wirtschaftsmodell ist rabiat: Da trotz „sozialistischer Umgestaltung“ kein Bruch in der Ware-Geld-Logik stattgefunden hat, wurden die in die Selbstverwaltung entlassenen Betriebe zwangsläufig zu Konkurrenten – anstelle einer Selbstverwaltungsgesellschaft war das Ergebnis ein »Schlachtfeld von Geldsubjekten«. Der Föderalismus der jugoslawischen Teilrepubliken – ein weiterer vielgelobter Vorzug des jugoslawischen Wirtschaftsmodells – hatte dagegen zur Folge, daß die nivellierende Funktion des Zentralstaates auf ein Minimum schrumpfte und die Masse der produzierten Gewinne in den jeweiligen Regionen verblieben. Die Folge war ein wieder zunehmendes Wirtschaftsgefälle zwischen den traditionell entwickelteren nördlichen Teilregionen und dem am Tropf der Zentralregierung hängenden Süden – eine Entwicklung, die mit der wirtschaftlichen Öffnung nach Westen noch befördert wurde. Sowohl die territoriale Nähe zu Österreich und Italien als auch das Touristenparadies Adriaküste erwiesen sich für die nördlichen Republiken als Standortvorteil.

Nach einem aus dem Titoschen Modernisierungsschub resultierenden wirtschaftlichen Aufschwung zeigten sich im jugoslawischen Wirtschaftsmodell in den sechziger Jahren erste Krisenerscheinungen. Die Produktivitätskennziffern der meisten Betriebe hinkten noch hoffnungslos hinter dem internationalen Standard hinterher. Mit der Öffnung nach Westen waren die Betriebe jedoch zunehmend der Konkurrenz des Weltmarktes ausgesetzt. Auch unterblieben mit zunehmender Orientierung auf marktwirtschaftliche Regulationsmechanismen die notwendigen Investitionen in die in den fünfziger Jahren aus dem Boden gestampfte Grundstoffindustrie. Um einen Zusammenbruch größerer Teile der Wirtschaft zu verhindern, mußten immer wieder staatliche Eingriffe in die Wirtschaft in Kauf genommen werden.

Nach Lohoff krankte die jugoslawische Volkswirtschaft an einem unauflöselichen Dilemma: Einerseits hätte nach Öffnung zum

Weltmarkt ein Wegfallen der staatlich-administrativen Regulierung eine logische Folge sein müssen – was ein sofortiges Ende des jugoslawischen Modernisierungsversuches bedeutet hätte. Das gezwungenermaßen Weiterbestehen staatlicher Regulationsmechanismen verhinderte aber gerade die Herausbildung eines weltmarktbeständigen Produktivkraftniveaus der Betriebe. An diesem Dilemma ist Jugoslawien letztendlich zugrundegegangen. Inflation, zunehmende Arbeitslosigkeit, galoppierende Staatsverschuldung und das Auseinanderdriften der Wirtschaftsregionen waren die Totengräber.

Hochverschuldet stand die Belgrader Regierung 1989 vor dem Staatsbankrott und mußte sich dem Diktat des IWF beugen. Die nördlichen Einzelrepubliken waren auf wirtschaftlichem Gebiet bereits quasi-unabhängig und wickelten innerjugoslawische Geschäfte nur noch auf Devisenbasis ab. Der Dinar war zu einer Scheinwährung verkommen. Seit Titos Tod im Jahre 1980 war die Integrationsfigur des Staatsgründers dahin... So blieben nach dem Scheitern des Wirtschaftsmodells »Selbstverwaltungssozialismus« sowie dem hoffnungslosen Desaster marktwirtschaftlich orientierter Reformversuche nur noch nationalistische Wahnvorstellungen als Ersatzideologie übrig: In den zentrifugalen Tendenzen der einzelnen Teilrepubliken und der Macht- und Hilflosigkeit der Belgrader Zentrale fanden sie ihren Nährboden.

Relativ kurz geht Lohoff auf die Phase vom offiziellen Auseinanderbrechen des jugoslawischen Staates bis zur jüngsten Waffenruhe ein. Diese bürgerkriegsähnlichen Kämpfe hätten seiner Meinung nach jedoch nichts mit Auseinandersetzungen zwischen sich neu herausbildenden Nationalstaaten zu tun. Die Wirtschaft Jugoslawiens ist zerstört – nicht in erster Linie durch Krieg und Embargo, sondern durch die gnadenlose Logik des Weltmarktes. Es handelte sich also bei den Auseinandersetzungen auf dem Balkan nicht um Eroberungskriege, sondern um – bei Lohoff als »Plünderungsökonomie« bezeichneten – nackten Raub.

Funktionslos gewordene Teile des alten Staatsapparates, verquickt mit mafiosen Gruppierungen, fledderten die Konkursmasse des zusammengebrochenen Systems und plünderten Bevölkerungsgruppen, die – unter

dem Vorwand, einer anderen Ethnie anzugehören – jeweils als »feindlich« und damit als außerhalb der Gesetze und moralischen Normen stehend erklärt wurden. »Hilfsgüter« der UNO wurden zum bevorzugten Handelsobjekt für bewaffnete Banden, die den (oftmals als Kleinstaat proklamierten) örtlichen Markt kontrollierten und somit die Preise diktieren konnten.

Dieser Art »poststaatlicher Kriegführung« gilt ein theoretischer Exkurs am Ende des Buches. Sollten Lohoff und die Krisis-Gruppe recht behalten, so dürften dieser »Scheidung auf jugoslawisch« noch weitere blutige Operettenkriege folgen...

GERD BEDSZENT

Jürgen Kuczynski:
Vom Zickzack der Geschichte.
Letzte Gedanken zu Wirtschaft
und Kultur seit der Antike,
PapyRossa Verlag Köln 1996,
181 S. (28,00)

Auf der letzten Umschlagseite wird dem Leser des vorliegenden Buches nicht weniger als »ein lehrreicher, fesselnder und genußvoller Rundgang durch zweitausend Jahre Wirtschafts-, Kunst-, Literatur- und Philosophiegeschichte« versprochen. Und das alles auf nur 181 Seiten – phänomenal, wenn man bedenkt, welch dicke Folianten geschrieben wurden, die nur einen Bruchteil der Zeit »seit der Antike« und auch nur Ausschnitte der Wirtschafts- und/oder Kulturgeschichte erfassen. Aber – das sei gleich vorweggenommen – das Erstaunen des »rundgehenden« Lesers währt nicht allzu lange.

Der versprochene Rundgang erweist sich schnell als arg verkürzt und in eigenartigen Kreisen verlaufend. Dem Wanderer durch Zeit und Raum wird nicht nur eine große Anzahl von links oder rechts liegenden Ausstellungsräumen einfach vorenthalten, er wird auch immer wieder an den altbekannten Exponaten vorbeigeführt. Das beginnt im ersten Teil des Buches – »Wirtschaft, Kultur, Technik« – mit »Streifzügen in die Vergangenheit«, die nicht nur einen Eindruck davon

vermitteln, in welcher dramatischer Weise sich der Fortschritt in der Produktivkraftentwicklung über die Jahrtausende menschlicher Existenz beschleunigt hat. Beim Herumstreifen zwischen den Werken der eigenen Vergangenheit ist der Autor offenbar auch auf diverse ältere Schriften gestoßen, aus denen er so gleich ausgiebig zitiert. Entlang des altbekannten, durch und durch eurozentristischen Formationsmodells – Urgesellschaft, Sklavenhaltergesellschaft, Feudalismus – wird das Nebeneinander von wirtschaftlich-technischer und kultureller Entwicklung für Europa gedrängt nachvollzogen und endet schließlich mit dem bemerkenswerten Eingeständnis, daß die in mancher Hinsicht herausragenden Entwicklungspole jener Zeitalter, die nämlich außerhalb Europas – insbesondere in China – lagen, infolge »detaillierter Unkenntnis ... des Autors« (S. 44) gar keine Berücksichtigung finden konnten. Nachdem also die asiatische, die afrikanische und die amerikanische Abteilung beim Rundgang ausgelassen wurden, wird der Leser nun flugs in den Ausstellungsraum »Frühkapitalismus« manövriert, wo ihm der Autor gleich eingangs eine gewichtige Mitteilung zu machen hat – »niemand vor mir hat diese Meinung geäußert, daß die Renaissance in ganz Europa ein Produkt des Kapitalismus ist« (S. 45). Aber nicht nur das; bemerkenswert ist hier darüber hinaus die Feststellung von Kuczynski, daß sich geistige Errungenschaften der Menschheitsentwicklung nach ihrer Entstehung faktisch unabhängig vom Entwicklungsstand der jeweiligen materiellen Verhältnisse verbreiten können, während dies auf die Technik selbst nicht zutrifft (vgl. S. 54). Um aber erfolgreich »Technologietransfer« zum Import von »Fortschritt« nutzen zu können, bedarf es offenbar einer adäquat entwickelten ökonomischen Struktur und Kultur der importierenden Gesellschaft. Daß die Versuche, mit kapitalistisch-effizienten Technologien auf der Grundlage nichtkapitalistischer gesellschaftlicher Verhältnisse Beschleunigung von »Entwicklung« bewirken zu wollen, weitgehend fehlgeschlagen sind, zeigt ein Blick in die neuere (Wirtschafts)Geschichte sowohl des realsozialistischen Ostens als auch der sogenannten »Dritten Welt«.

Mit der Renaissance ist dann für den Autor auch der Glanzpunkt kapitalistischer Kultur-

entfaltung erreicht und überschritten – Höhepunkte der Kultur zur wirtschaftlichen Glanzzeit zu erreichen, »(das) war ... dem Kapitalismus verwehrt« (S. 71) –, weshalb Kuczynski wohl der Meinung ist, daß in den folgenden Betrachtungen die ursprünglich versuchte Zusammenschau von Ökonomie und Kultur auch nicht mehr durchgehalten werden muß.

Die folgenden zwei Kapitel sind der Produktions- und Produktivitätsentwicklung im Kapitalismus des 19. und 20. Jahrhunderts gewidmet. Der Leser als Rundgänger, der bis hierher gelangt ist, hat alle wesentlichen Exponate, die ihm gezeigt werden sollen, besichtigt. Die folgenden ca. 80 Seiten sind vor allem gefüllt mit der Wiederholung bereits bekannter Sätze, insbesondere Zitate, so z.B. der Lieblingsstellen des Autors aus dem Kommunistischen Manifest. Im Kapitel 5 – »Auf dem Weg in die Barbarei« – darf sich der Leser an einem Wiedersehen mit Nachdrucken altbekannter Aufsätze von Adam Schaff und J.K. laben (oder auch ermüden). Neben einigen durchaus skurril anmutenden Gedanken – wie z.B. dem, daß der Unterschied zwischen einem Arbeiter und einem Angestellten nicht etwa in der jeweils spezifischen Ausgestaltung des Arbeitsrechtsverhältnisses liegt, sondern daran festgemacht werden sollte, ob mit Computern oder mechanischen Maschinen gearbeitet bzw. ob Dialekt oder Hochdeutsch gesprochen wird (vgl. S. 114) – begegnen dem Leser hier nun die »Barbarei« bzw. ihre Anfänge in geballter Form – als »erste Schritte auf die »vollendete Barbarei« zu« (S. 119). Den Abschluß des ersten Teils bilden ein Essay über Kultur und Politik sowie »an- und abschließende Bemerkungen«.

Im zweiten Teil, der schon nicht mehr zum eigentlichen »Rundgang« gehört, unterzieht Kuczynski die Konjunkturprognostik – eine seiner jahrzehntelangen Lieblingsbeschäftigungen – einer harschen Kritik. Während er früher an die »Möglichkeit und daher wissenschaftliche Berechtigung solcher Prognosen (glaubte)« (S. 150), teilt er heute diese Sicht nicht mehr. Den dritten, abschließenden Teil des Buches bildet ein Vortrag mit dem Titel »Der 8. Mai 1945 und 1995«.

Das wirklich Bemerkenswerte an diesem Buch ist wahrscheinlich, daß es sich nun

tatsächlich um die »letzten Gedanken« handeln soll, die von Jürgen Kuczynski zu Wirtschaft und Kultur, zu Konjunkturprognosen, zu bleibenden methodischen Errungenschaften (vgl. S. 7) und zu manch anderem in Buchform erschienen sind. Mit seiner originellen und spannenden, oft unkonventionellen Art schreibend zu erzählen wird er vielen – begeisterten und kritischen – Lesern mit Sicherheit fehlen.

ARNDT HOPFMANN

Elmar Altvater, Birgit Mahnkopf:
Grenzen der Globalisierung.
Ökonomie, Ökologie und Politik
in der Weltgesellschaft,
Westfälisches Dampfboot Münster
1996, 636 S. (58,00 DM)

Mit dem Scheitern des Staatssozialismus in Europa und der nahezu vollständigen kapitalistischen Durchdringung von Raum und Zeit scheint das Interesse für große theoretisch gestützte Alternativentwürfe vorbei zu sein. Das expandierende parasitäre und umweltzerstörende Finanzkapital dominiert die Weltentwicklung und den Alltag, erzeugt sozialen und ökologischen Streß, spaltet die Gesellschaft in Gewinner und Verlierer. Selbst gestandene Linke haben zumindest zeitweise die Orientierung verloren und können sich die Zukunft nur noch als Verlängerung der Gegenwart vorstellen.

Die Berliner Wissenschaftler Elmar Altvater und Birgit Mahnkopf setzen gegen den Zeitgeist vom »Ende der Geschichte« eine beeindruckenden Analyse der Weltentwicklung und treten dafür ein, ein neuartiges Verständnis von wissenschaftlichem wie politischem Handeln zu entwickeln: »Was not tut, ist ... eine Diagnose der Zeit und eine Aktivierung all jener sozialen Kräfte, die aus dieser Diagnose politische Konsequenzen zu ziehen in der Lage und bereit sind. Theoretische Arbeit wird also als politisches Projekt konzipiert und umgekehrt. Wer politisch aktiv sein will, muß sich theoretisch anstrengen« (S. 575).

Nicht zuletzt aufgrund der Erfahrungen während der Entstehung des Buches, das aus Diskussionen mit Studierenden, Gewerk-

schaftlern, in politischen und kirchlichen Akademien, aus Debatten in neuen sozialen Bewegungen und Parteien der Linken hervorgegangen ist, plädieren die Autoren für Diskurse an Stelle fertiger Programme. »Diese prinzipielle Offenheit der zukünftigen Entwicklung durch politische Gestaltung ist der Grund dafür, daß wir nicht von einer alternativen Entwicklungsbahn im Singular, sondern von möglichen Entwicklungsbahnen im Plural sprechen« (S. 575).

Vieles spricht dafür, daß das Ende eines langen politischen Zyklus erreicht wurde und die Herausbildung einer neuen Regulationsweise gesellschaftlicher Verhältnisse auf der Tagesordnung steht. Auch wenn eine endgültige Bewertung der derzeitigen Umbruchsphase späteren Generationen vorbehalten bleiben muß, sind doch erste Wegmarken sichtbar. *Erstens* wendet sich nach weitgehendem Abschluß der räumlich-territorialen Expansion die kapitalistische Wachstumsdynamik jetzt nach innen. »Es werden die Lebensräume kolonisiert also jene Refugien in den Prozeß der Globalisierung einbezogen, die für die individuelle und soziale Identität so wichtig sind« (S. 577). Die *zweite* Konsequenz der Grenzen der Globalisierung ist dramatischer. Wenn das Wachstum keine Möglichkeit der räumlichen Ausdehnung mehr findet, realisiert es sich als Beschleunigung in der Zeit. Notwendig wird die Beschleunigung des Handelns durch den Kostendruck der globalen Märkte und die Diktatur des Geldkapitals. Moderene Techniken der Kommunikation, der Produktion und des Transports und die fatale Deregulierung der internationalen Finanzmärkte machen die Beschleunigung möglich. Der gesellschaftliche Reproduktionsprozeß wird in allen seinen Segmenten beschleunigt. Auf der Strecke bleiben Solidarität, linke Emanzipationsprojekte, politische Regularien, soziale Besitzstände und ökologische Behutsamkeiten, der gesellschaftliche Umgang wird brutaler. Wird dazu noch die nach wie vor vorhandene Attraktivität des kapitalistischen Entwicklungsmodells (vor allem aufgrund des Wohlstandsniveaus in der OECD-Welt) in Rechnung gestellt, sind dies keine guten Voraussetzungen für einen kurzfristig erfolgreichen Diskurs über gesellschaftliche Alternativen.

Angesichts der kapitalistischen Globalisierungsdynamik sind nach Meinung der Autoren auch die Ergebnisse der UN-Konferenz über Umwelt und Entwicklung 1992 unzureichend. »Die Nutzung der globalen Ressourcen gemäß der individuellen Rationalität von transnationalen Konzernen oder einzelner Nationalstaaten hat bereits zu einer kurzfristig überhaupt nicht mehr reparablen Übernutzung geführt. Der Treibhauseffekt ist nicht mehr Drohung, er ist bereits eingetreten. Die schützende Ozonschicht ist nicht in der Zukunft bedroht, wenn wir »so weitermachen wie bisher«, sie ist bereits sehr weitgehend zerstört« (S. 579). Nicht auszuschließen ist angesichts der noch offenen Fragen beim Zusammenwirken der ökologischen Kreisläufe, daß der galoppierende Artenschwund die größte Katastrophe ist.

Der erste Teil des vorliegenden Buches befaßt sich mit den Grenzen der Weltgesellschaft. Der dynamische Prozeß der Globalisierung dürfe nicht mit dem Ziel der Globalität verwechselt werden, also einer stabilen Weltgesellschaft, die nur über einen globalen Gesellschaftsvertrag erreicht werden kann. Die Autoren arbeiten die neue Qualität der Globalisierung heraus, die vor allem in der Kombination von Geldmarkt-Diktat und modernen Informations- und Kommunikationstechnologien besteht. Diese bringt selbst große Länder in abhängige und verwundbare Positionen, untergräbt die lokale Identität der entferntesten Regionen. Neben den ökologischen Zerstörungen ist es die soziale Ungleichmäßigkeit und Ungleichzeitigkeit der kapitalistischen Globalisierung, die ihren Erfolg begrenzt. Von Fragmentierung und Entkoppelung – Marginalisierung – sind vor allem Räume betroffen, die nicht den komplexen Anforderungen der Globalisierung genügen. Die Fraktionierung sorgt dafür, daß auch in scheinbar prosperierenden Ländern ganze Regionen und soziale Schichten ausgegrenzt werden. Da die industrielle, wissenschaftlich-technische und infrastrukturelle Basis der meisten Entwicklungsländer vorerst schwach bleibt, und das Auslandskapital vorrangig in unproduktive Bereiche fließt, reicht – so Altwater/Mahnkopf – eine politische Krise oder eine Zinserhöhung o.ä. aus, um das spekulative Kapital zum Abfluß zu bewegen.

Gegen diese Auffassung stehen jüngere Einschätzungen, wonach sich bereits in naher Zukunft die Standortvoraussetzungen des Südens aufgrund niedriger Löhne, erleichtertem Transfer von Informationen und Gütern, geringeren Sozialleistungen, besser funktionierenden privaten Sozialsystemen und jüngerer Bevölkerung verbessern würden. Zumindest ist es wahrscheinlich, daß sich in einigen asiatischen Staaten aufgrund der insgesamt stimmigen verschiedenen Standortfaktoren die Wettbewerbspositionen noch in den neunziger Jahren günstiger gestalten werden.

Der zweite Teil des Buches befaßt sich mit dem entfesselten Weltmarkt und seinen Auswirkungen wie Entterritorialisierung des Raumes, Übergewicht der Gegenwartsinteressen, Dominanz des Geldes über gesellschaftliche und natürliche Zeitrhythmen. Der ungehinderte Zugriff auf fossile Energieträger, das Geldmarktdiktat und die Raum und Zeit vernichtenden neuen Technologien sind die wesentlichen Elemente eines Entbettungsmechanismus (Herauslösung der Wirtschaft aus der Gesellschaft), der die Krise der Evolution (Artensterben, Bodenerosion, Monokulturen, einseitige Ernährung, Verlust an Erfahrungswissen) sozialen und räumlichen Identitätsverlust, Existenzunsicherheit, Massenarbeitslosigkeit und institutionelle Verantwortungslosigkeit sowie Verschuldung und gesellschaftliche Marginalisierung von Nicht-Geld-Besitzern bewirkt. Die Dominanz des Geldmarktes hat zur Folge, daß über die national verfügbaren Arbeitsplätze durch abgehobene nicht beeinflussbare Prozesse auf globaler Ebene entschieden wird. Versuche, der Massenarbeitslosigkeit durch bloße Umverteilung von Arbeit (Arbeitszeitverkürzung) und Einkommen (Lohnverzicht) beizukommen, bringen nicht viel, es sei denn, Teilarbeitsmärkte sind wie im öffentlichen Dienst nur indirekt von den Finanz- und Gütermärkten abhängig (vgl. S. 135). Der Kern der kapitalistischen Globalisierung ist der Abbau gesellschaftlicher Regulationsmöglichkeiten ökonomischer Prozesse auf nationalstaatlicher, regionaler und lokaler Ebene, »ohne das auf der »weltgesellschaftlichen« Ebene erneut regulierende Institutionen mit angemessenen Mitteln entstanden wären« (S. 144) – zwar existiert der Weltmarkt, die Weltgesellschaft

gibt es jedoch nicht. Ein weiteres Indiz für die fortschreitende Fragmentierung gesellschaftlicher Prozesse ist die Loslösung der monetären von der realen Akkumulation. Die globalen Finanztransaktionen haben nur noch wenig mit dem Welthandel zu tun. Geld fungiert etwa zu einem Prozent als Zirkulationsmittel und zu 99 Prozent als Zahlungsmittel, selbst bei Direktinvestitionen läßt sich eine zunehmende Lösung von materiellen Prozessen feststellen. Die politisch-moralischen Auswirkungen sind nach Ansicht der Autoren fatal. »Wenn die Vergesellschaftung über das Geld und nicht mehr durch ›vita activa«, durch Arbeit und kommunikatives Handeln hergestellt wird, löst sich die Gesellschaft als eine Solidargemeinschaft tendenziell in ›verclubte communities« und exkludierte Ghettos auf. Die Vermeidung der Beteiligung an den Kosten des Gemeinwesens ist dann nicht mehr asozialer oder gar krimineller Akt, sondern normale Reaktionsweise. Daher sind moralische Skrupel oder gar Schuldgefühle bei Steuervermeidung nicht zu erwarten, und selbst in der Öffentlichkeit werden Delikte dieser Art weniger kritisch behandelt als ein kleiner Ladendiebstahl, dem immer etwas Armseliges und nicht das Großartige des großen Geldes anhängt« (S. 164).

Die Auslandsverschuldung ist – wie die Autoren eindrucksvoll zeigen – vor allem eine Entwicklungsblockade für die Länder der »Dritten Welt«, die im Gegensatz zum weltweit größten Schuldner, die USA, ihre Verbindlichkeiten nicht in Landeswährung, sondern in US-Dollar begleichen müssen. Um also in den Besitz von Devisen zu gelangen, sind sie auf steigende Exporte angewiesen, und setzen so mehrheitlich auf die von der neoliberalen Wirtschaftstheorie immer wieder verheißenen Versprechungen des »freien Handels«. Die Förderung des Freihandels und die damit einhergehende Lohndrückerei sind eng mit den niedrigen Energie- und Transportkosten verbunden, welche zugleich den ökologischen Schaden des freien Wettbewerbs verstärken.

An verschiedenen Stellen des Buches befassen sich die Autoren mit den versprochenen Effekten des Übergangs zur ›Informations- und Dienstleistungswirtschaft«, der allerdings

bisher ein weitgehend metropolitanes Projekt geblieben ist. Selbst wenn die Welt tatsächlich verkabelt würde bliebe die Spaltung in Zentren und Peripherien erhalten. Das vermeintliche Hauptmerkmal der Dienstleistungsgesellschaft, die Zunahme personengebundener Dienstleistungen könnte sich zudem als ein »kommerzielles Zwischenstadium« auf dem Weg zu einer erneuten ›Industrialisierungsrunde« (S. 284) erweisen. Daß damit eine Stärkung von Demokratie, eine Vergrößerung der Partizipation und eine Erweiterung des Bewußtseins verbunden sein soll, könnte sich leicht als trügerische Hoffnung herausstellen. Vor dem Hintergrund globaler Segmentierung, Entsolidarisierung und Entwurzelung ist zumindest kurzfristig nicht zu erwarten, daß die elektronische Massenkommunikation das öffentliche Bewußtsein kosmopolitisch erweitert, eher sind Desorientierung und Zersplitterung zu erwarten. »Die Befunde neuerer industriesoziologischer Untersuchungen ... vermitteln wenig Hoffnung, daß technikzentrierte Produktion durch menschenzentrierte ersetzt werden könnte« (S. 362). Mit der beträchtlich gesteigerten Ökonomie der Zeit – so wird ein führender ABB-Manager zitiert – »fressen im globalen Wettbewerb nicht die Großen die Kleinen, sondern die Schnellen die Langsamen« (S. 362). Schließlich sind die Frauen in der versprochenen Dienstleistungsgesellschaft oft die Opfer des Zusammenwirkens von Globalisierung, Tertiarisierung und Informalisierung (vgl. S. 302-318).

Der dritte Teil befaßt sich mit den Konsequenzen der Globalisierung für die transnationalen Unternehmensstrukturen. Die von den Regierungen im Standortwettbewerb hofierten und oft subventionierten transnationalen Konzerne sind sicherlich ein wichtiger Träger von Innovationen und Initiator von weitreichenden Strukturveränderungen – »eines sind die transnationalen Unternehmen (aber) mit Sicherheit nicht: Motoren eines weltweiten Beschäftigungswachstums« (S. 262). Auch rührt die Massenarbeitslosigkeit in Deutschland nach Altvater und Mahnkopf keineswegs aus der Billiglohnkonkurrenz anderer Standorte. Der Anteil dieser Länder liegt unter 5 Prozent des gesamten bundesdeutschen Außenhandelsumsatzes. Neben der raschen

Steigerung der Arbeitsproduktivität in der Produktion, die zur Vernichtung industrieller Arbeitsplätze führt, sind es vor allem die finanziellen Dimensionen der Globalisierung – die Spaltung der Gesellschaft in Arbeits- und Geldgesellschaft –, die negative Wirkungen auf die Beschäftigung haben.

Im vierten Teil des Buches steht die abnehmende Bedeutung des Nationalstaates im Zentrum der Untersuchung. Die ökonomische Inwertsetzung von Räumen vollzieht sich heute in einem komplexen globalen System, in dem die Nationalstaaten im wachsendem Maße eine randständige Position einnehmen. Dadurch sinkt die nationalstaatliche Beeinflussbarkeit der wichtigen strategischen Variablen des Wirtschaftsprozesses, der Staat wird bestenfalls zum Mobilisator von Standortfaktoren zur Herstellung systemischer Konkurrenzfähigkeit – er wird zum »Wettbewerbsstaat«. Genau an dieser Transformation sind die realsozialistischen Staaten in viel größerem Maße gescheitert als an der bornierten Beschränkung individueller Freiheiten (vgl. 402).

Zur Milderung der Wirkungen der globalen Finanzmärkte und zum Schutz gegen das selektive Vorgehen der dominierenden Industriemächte bleibt die länderübergreifende Regionalisierung oft die einzig erfolgversprechende Option, zumal durch die Einführung besonderer regionaler Handelsregime – durch Kompensations- und Tauschgeschäfte – der chronische Devisenmangel partiell gemildert werden kann.

Im fünften und abschließenden Teil geht es um die ökologischen Grenzen der Globalisierung, die am entschiedensten verhindern, daß aus der Globalisierungstendenz der Zustand der Globalität wird. Auch wenn die Grenzen der Verfügbarkeit von Ressourcen – vor allem durch Substitution – noch hinausgeschoben werden können, sind die Grenzen der Tragfähigkeit der Senken dramatisch näher gerückt. Ein Zusammenbruch der Evolution ist nicht mehr ausgeschlossen, noch bevor der letzte Barrel Öl aus der Erde geholt wurde. Die Autoren werfen daher die Frage nach einem zukunftsfähigen Zeit- und Raumregime und vor allem nach einen entsprechenden Energiesystem auf. Das fordistische System der Industriegesellschaft erfüllt diese Anfor-

derungen nicht und muß nach Meinung der Autoren durch eine postindustrielle solare Gesellschaft in einer wahrhaft »prometheischen Revolution« abgelöst werden. Damit wären auch alle Hoffnungen der »Dritten Welt« auf eine nachholende Industrialisierung nach herkömmlichen Muster zum Scheitern verurteilt. Die Energiegrundlage einer künftigen zukunftsfähigen Gesellschaft, die die Grenzen der Ökosysteme zu respektieren hat, wird eine radikale Veränderung der Lebensweise mit sich bringen. Ökologische Produktivität hat Vorrang vor der Arbeitsproduktivität, der Surplus nimmt nicht mehr vorrangig die Form des Mehrwertes an, statt immer weiter fortschreitender Monetarisierung wird mit der Einschränkung der Marktbeziehungen die Reziprozität stark an Gewicht gewinnen, regionale Kreisläufe ersetzen zum Teil globale Kreisläufe und das Raum- und Zeitregime ist simultan, naturnah, statt fragmentiert, unnatürlich und abstrakt (vgl. S. 518). In Anspielung auf vermeintlich unpolitische und öko-romantische Reformvorschläge stellen die Autoren fest: »Aus den bisherigen prometheischen Revolutionen der Menschheitsgeschichte ist zu lernen, daß eine Effizienzrevolution ohne tiefgreifende soziale Umgestaltung, ohne eine radikale Veränderung der energetischen Basis, ohne schrittweise Etablierung einer neuen Handlungslogik, ohne radikale Veränderung der gesellschaftlichen Klassenbasis nicht dazu geeignet ist, die ökologischen Probleme zu lösen« (S. 536).

Altwater und Mahnkopf begrüßen alle kleinen Schritte der Effizienzsteigerung und der Abkehr vom »Wegwerfprinzip«, zumal einige dieser Schritte auch mit dem Abbau von Arbeitslosigkeit verbunden sein können. Skepsis klingt jedoch an, ob damit ein genereller Paradigmenwechsel erreicht werden kann. Vielleicht unterschätzen die Autoren aber auch das Veränderungspotential neuer technischer und sozialer Innovationen, das von Lovins, Scheer, Winter, Schmidt-Bleek, Popp, Capra, Laszlo u.a. gesehen wird. Natürlich muß eingeräumt werden, daß die Erforschung der natürlichen Kreisläufe noch nicht sehr weit vorangekommen ist, Aber bereits heute liegen erste spektakuläre Erfolge bei der Heilung von chronischen Krankheiten mit Hilfe natürlicher typgerechter Ernährung vor

und lassen auf weiteres hoffen. Zur Zeit überwiegt jedoch der Eindruck, daß auch viele Linke eine fragwürdige Gläubigkeit in jenen Wissenschafts- und Techniktyp hegen, der durch das industrielle System des Kapitalismus und nicht zuletzt unter männlicher Dominanz entstanden ist.

Da die kapitalistische Globalisierung viele Verlierer hervorbringt und infolge lokalen Widerstands eher in eine Globalisierung führt, gibt es nach Ansicht von Altvater und Mahnkopf (noch) realistische Perspektiven alternativer Entwicklung. Jedoch wird es ohne politische Grundsatzentscheidungen im Rahmen eines global-kollektiven Regelwerks kaum zu einer globalen sozio-ökologischen Wende kommen. Von den eher ohnmächtigen Nationalstaaten und den Netzwerken der global operierenden ökonomischen Akteure kann der profit- und machtschmälernde Paradigmenwechsel nicht erwartet werden. Politischen Druck erhoffen die Autoren insbesondere von den Nichtregierungsorganisationen in einer globalen Zivilgesellschaft, die vor Ort und in internationalen Netzwerken agieren sollen. Experimente sind gefragt, Irrtümer sind in dieser präzedenzlosen Zeit Teil der Lehrprozesse.

REINHARD GRIENIG

Sylvia Pintarits:
Macht, Demokratie und Regionen in
Europa: Analysen und Szenarien der
Integration und Desintegration,
Metropolis-Verlag Marburg 1996,
426 S. (58,00 DM)

Seit Mitte der achtziger Jahre kursiert der Begriff »Europa der Regionen«, teils als Gegenentwurf zum Europa der Nationen verstanden, teils als Antwort auf die Globalisierung der Welt. Inzwischen ist dieser Begriff mehr als ein Schlagwort geworden. Mit der Realisierung der Maastrichter Beschlüsse nimmt er mehr und mehr konkrete Gestalt an. Trotzdem verbinden sich mit diesem Begriff nach wie vor recht unterschiedliche Vorstellungen und Programme.

Das vorliegende Buch basiert auf einer Studie, die im Auftrage des Bundeskanzleramtes der Republik Österreich durchgeführt wurde.

Ziel der Arbeit ist es, »die oft verwirrenden Geschehnisse in der Europäischen Union, insbesondere, wenn die ›Region‹ ins Spiel gebracht wird«, etwas aufzuhellen. »Im besten Fall«, so steht es im Vorwort, wird »die Lektüre den Leser und die Leserin zu einem positiven Beitrag zur Entwicklung der res publica europeiensis bewegen« (S. 19f.). Vorausgesetzt, er/sie bewältigt die 400 Seiten, denn eine leichte Lektüre ist dieses Buch keinesfalls. Die Autorin untersucht den politischen und ökonomischen Integrationsprozeß Europas in seiner ganzen Komplexität. Im Mittelpunkt steht dabei der Bedeutungsverlust des Nationalstaates und die sich vollziehende Veränderung der regionalen Dimension. Machtverschiebungen im Politischen wie im Ökonomischen werden aufgezeigt, Konsequenzen für die Demokratieentwicklung abgeleitet.

Das Buch ist sehr übersichtlich gestaltet. Analytische Kapitel wechseln mit zusammenfassenden Literaturwiedergaben. Karten und Tabellen erleichtern die Übersicht und lockern den Text etwas auf. Der *erste* Teil ist in der Hauptsache ein kategorisierender Überblick, langatmig und wenig interessant geschrieben. Der *zweite* Teil hat die politisch-institutionelle Stellung der Regionen zum Gegenstand. Hier wird es interessanter, vor allem auch deshalb, weil die Autorin den Stand der Entwicklung sehr kritisch einschätzt: »Rund die Hälfte der Regionen der EU verfügt über keine oder nur schwache regionale demokratische Strukturen...« (S. 78). Die kritische Sicht verstärkt sich noch, wenn die Konsequenzen von Maastricht berücksichtigt werden: Die im Zusammenhang mit der Währungsunion eingegangenen Verpflichtungen der EU-Länder »dämpfen das Wachstum und verringern die Chancen der ›armen‹ Mitgliedsländer ..., den Entwicklungsabstand zu den ökonomisch starken Ländern aufzuholen« (S. 125). Zum Ausgleich dafür wurde 1992 der sogenannte »Kohäsionsfonds« eingeführt, dessen Wirkung jedoch, auf Grund der sinkenden Bereitschaft der Nettozahler in der EU, eher gering ist. Diese Fragen gewinnen angesichts des Wettlaufs um die Erfüllung der Maastricht-Kriterien täglich an Bedeutung. Sie zeugen von den Spannungen, die innerhalb der EU existieren und für die Maastricht eine »Bewegungsform« schaffen muß. Ansonsten droht die ganze

Konstruktion politisch und ökonomisch zu platzen.

Die zentralen Kapitel des Bandes finden sich im *dritten* Teil, welcher die wirtschaftliche Integration behandelt. Den Ausgangspunkt bilden regionale Disparitäten, gemessen am Bruttoinlandsprodukt und am Beschäftigungsniveau. Pintarits zeigt, daß »trotz relativ hoher Transferzahlungen an die ärmsten Staaten und Regionen ... die Disparitäten in der Wirtschaftskraft der Regionen in den vergangenen 15 Jahren kaum verringert werden konnten« (S. 168). Sie macht auch deutlich, daß die nationalen Disparitäten geringer sind als die regionalen, eine Erfahrung, die gegenwärtig auch in Ostdeutschland und Osteuropa gemacht wird. Es bleibt allerdings offen, welche Konsequenzen sich aus dieser Problemverschiebung von nationalen zu regionalen Unterschieden im Kontext mit der europäischen Integration ableiten. In bezug auf die zu erwartenden Wirkungen der Wirtschafts- und Währungsunion ist die Autorin skeptisch. Bisher deutet sich »eine Verschlechterung der Wirtschaftsentwicklung insgesamt, und damit besonders der benachteiligten Regionen« (S. 210) an. Endgültige Ergebnisse sind aber noch nicht auszumachen. Klar dürfte jedoch sein, daß die Problemregionen nicht zu den Gewinnern zu rechnen sein werden. Für ein »Europa der Regionen« heißt das, daß sich, gegenüber der jetzigen Situation, vor allem die regionalen Unterschiede vergrößern werden. Damit aber bahnen sich neue Konflikte an. Dieser Teil ist auch geeignet, verschiedene Varianten einer europäischen Entwicklungsperspektive vorzustellen und zu diskutieren. Die Autorin tut dies, indem sie einige Konzepte »transnationaler Großregionen« vorstellt, insgesamt drei (vgl. S. 232ff.). Als Frage wirft sich dabei auf, inwieweit die neuen Wachstumsregionen im Osten (Tschechien, Polen) das Bild verändern können?

Die bisherigen Überlegungen stützen sich ausschließlich auf Westeuropa bzw. auf das Europa der EU. Die Länder Mittel- und Osteuropas existieren in diesen Konzepten bestenfalls als Absatzmärkte. Aber möglicherweise erweist sich dies schon bald als ein fataler Irrtum, der ein völliges Umdenken erforderlich macht. In dem vorliegenden Buch wird dieses Problem nur am Rande thematisiert (vgl. S. 321ff.), aber immerhin: Die Fra-

gen werden gestellt. Auf notwendige Differenzierungen unter den Transformationsländern wird hingewiesen und mögliche Wechselwirkungen in bezug auf den europäischen Integrationsprozeß werden aufgezeigt. Ob dies heute noch ausreicht, wo zumindestens fünf der sechsundzwanzig Transformationsländer ante portas stehen, bleibt zu bezweifeln. Aber letztlich spiegelt sich hierin nur die Schwerfälligkeit der EU wider, sich auf neue weltpolitische Konstellationen einzustellen und ihre Konzepte entsprechend zu modifizieren.

Der vierte Teil (von Sonja Punscher Riekman verfaßt) steht unter der Überschrift »Integration und Desintegration in Europa«. Ausgehend von verschiedenen Integrationstheorien wird hier versucht, die möglichen Perspektiven des europäischen Integrationsprozesses aufzuzeigen. Die Verfasserin bedient sich dabei der Methode der Gegenüberstellung verschiedener Szenarien (»Kerneuropa«, »Business as usual« und »Stagnation«, vgl. S. 332ff.). So lassen sich einerseits Problem- und Konfliktsituationen und andererseits positiv verlaufende Prozesse der europäischen Integration modellhaft darstellen. Als Rahmenbedingungen setzt die Autorin eine Reihe von Annahmen, die allesamt als positiv zu charakterisieren sind. Katastrophen, kriegerische Handlungen, dramatische Krisen der globalen Wirtschaftsentwicklung u.ä. werden ausgeschlossen. Die Staaten Mittel- und Osteuropas bleiben ebenfalls außen vor, das heißt ihre Integrationsaussichten werden als gering beurteilt. Die Hauptergebnisse der Szenarien werden dann in Tabellen zusammengefaßt (vgl. S. 358ff.). Dabei wird deutlich, daß es sowohl Integrations- als auch Desintegrationstendenzen gibt und daß neben den ökonomischen Entwicklungsverläufen auch politische Prozesse für das Ergebnis von großem Gewicht sein können. Bei der Auswahl der möglichen Entwicklungsverläufe und der Beurteilung der Szenarien darf die österreichische Sicht der Verfasserinnen nicht außer Acht gelassen werden. So interessant diese Überlegungen sind, es bleibt doch der Eindruck des Konstruierten, des Unwirklichen.

Der Wert des Buches wird nicht zuletzt durch den umfangreichen Anhang bestimmt – 33 Seiten Literaturquellen und zahlreiche Tabellen.

ULRICH BUSCH